

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten
Mehr unter suedostschweiz.ch



Bild Keystone

SAN FRANCISCO

Apple vergrössert sein iPad markant

Grösser, schneller und universeller einsetzbar: Dies sind die wichtigsten Modifikationen von Apples neuem iPad. Tim Cook präsentierte das neue Baby von Apple gestern in San Francisco, getauft ist es auf den Namen iPad Pro. Der Bildschirm weist eine Diagonale von über 32 cm auf, als Prozessor ist ein im Vergleich zum bisherigen A8 rund 1,8-mal schnellerer A9X eingebaut. Weiter bietet Apple nun auch eine separate Tastatur dazu an. Und mit dem Apple Pencil soll sich auf dem neuen iPad malen lassen wie auf Papier. Erstmals lassen sich auf dem iPad zudem mehrere Fenster gleichzeitig öffnen. Das Paket hat seinen Preis: 1067 Dollar muss in den USA auf den Tisch legen, wer Pad, Tastatur und Pencil nach Hause nehmen will. (so)

BERN

Zivildienstleistende an die Schulen

Zivildienstleistende sollen an Schulen eingesetzt werden. Anders als der Nationalrat hat der Ständerat gestern den Vorschlag des Bundesrates gutgeheissen, solche Einsätze zu ermöglichen. Der Entscheid fiel ohne Gegenstimme. Die kantonale Schulhoheit bleibe gewährleistet und für die Schulen selbst entstehe kein Zwang, befand die Ratsmehrheit. Die Zivis würden zudem keine Lehrpersonen ersetzen. (sda)

STRASSBURG

EU bestätigt harte Linie gegen die Schweiz

Das EU-Parlament hat gestern in Strassburg kommentarlos einen Bericht zur Schweiz gutgeheissen. Darin bekräftigen die Abgeordneten die kompromisslose Haltung der EU-Kommission gegenüber der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit sei ein «heiliges Prinzip», schreibt die konservative Europäische Volkspartei (EVP) in einem Communiqué. Werde die Schweiz die Masseneinwanderungs-Initiative wie vorgesehen umsetzen, werde das negative Konsequenzen für die Beziehung EU – Schweiz haben. (sda)

BERN

Weniger Menschen im Strassenverkehr gestorben

Auf den Schweizer Strassen starben im ersten Halbjahr 2015 109 Menschen. Das waren sieben weniger als von Januar bis Juli 2014, wie das Bundesamt für Strassen (Astra) mitteilte. Dagegen starben mehr Fussgänger auf den Strassen. 23 Menschen, die zu Fuss auf einer Strasse unterwegs waren, verunfallten im ersten Halbjahr 2015 tödlich, acht mehr als im Vorjahreszeitraum. (sda)

FRANKFURT

Gericht stoppt Streik der Lufthansa-Piloten

Atempause für die Lufthansa und ihre streikgeplagten Passagiere: Die Pilotengewerkschaft hat ihre 13. Streikrunde abbrechen müssen, nachdem das hessische Landesarbeitsgericht in Frankfurt den Ausstand als rechtswidrig untersagt hatte. Die Gewerkschaft habe mit ihrem Streik auch Ziele verfolgt, die bei Verhandlungen über Tarifverträge gar nicht erreicht werden könnten. Trotzdem fielen rund 1000 der 1520 ursprünglich geplanten Lufthansa-Flüge aus. Heute soll dann wieder das normale Programm geflogen werden. (sda)

Langsamer Nationalrat beschleunigt die Asylverfahren

Fast elf Stunden debattierte der Nationalrat gestern über die Asylreform und ein von der SVP gefordertes Asylmoratorium. Er lehnte alle Postulate von rechts und links ab.

von **Dennis Bühler**

Schon früh hatten selbst einige Parlamentarier genug: Noch vor 17 Uhr verliessen etwa GLP-Präsident Martin Bäumle und der Zürcher FDP-Nationalrat und Ständeratskandidat Ruedi Noser das Bundeshaus. Vielleicht mussten sie wichtige Termine wahrnehmen, vielleicht hatte sie die Debatte, die seit 8 Uhr lief, auch einfach ermüdet; vor allem aber durften sie mit Recht überzeugt sein, dass es sie im weiteren Verlauf der Diskussionen nicht mehr brauchen würde. Weder, um Anträge von rechts, noch um solche von links abzulehnen. Zu offensichtlich waren die den ganzen Tag lang gleich verlaufenden Fronten, zu klar die Mehrheitsverhältnisse.

Die SVP war mit all ihren Anträgen gescheitert: So lehnte es der Nationalrat beispielsweise ab, ins Gesetz zu schreiben, dass Personen, die bei der illegalen Einreise aus einem sicheren Drittland angehalten werden, formlos und unverzüglich zurückgeschickt werden. «Kein Staat, auch die Schweiz nicht, wäre bereit, einer solchen Regelung zuzustimmen», sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga.

Auch die Linke blieb mit ihren Vorschlägen chancenlos. Vergeblich argumentierte etwa der Zürcher Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli für die Wiedereinführung des vor drei Jahren abgeschafften Botschaftsasyls. «Wir brauchen Brücken statt Mauern», sagte er. «Wir brauchen Möglichkeiten, legal ein Asylgesuch stellen zu können und sich nicht den Schleppern ausliefern zu müssen.» Die Mitte- und Rechtsparteien hatten hierfür kein Gehör.

Wenn die Schweiz im Alleingang handle, würden ihre Botschaften gestürmt, warnten sie. Auch der Bundesrat wäre nur bereit, Asylgesuche von Flüchtlingen wieder auf Schweizer Botschaften im Ausland entgegen zu nehmen, wenn auf EU-Ebene analoge Möglichkeiten geschaffen würden, sagte Sommaruga.

Unterstützung für den Bundesrat

Auf ganzer Linie unterstützte der Nationalrat gestern den bundesrätlichen Kurs. Letztlich hiess er die Asylgesetzreform mit 99:53 Stimmen bei zwölf Enthaltungen (der Grünen Partei) gut. Im Einzelnen entschied er:

- Künftig sollen die meisten Asylverfahren noch 140 Tage dauern, inklusive Beschwerden. Voraussetzung dafür ist, dass die Asylsuchenden für die gesamte Dauer des Verfahrens in Zentren des Bundes untergebracht werden.
- Damit die Verfahren trotz des hohen Tempos und kurzer Beschwerdefristen rechtsstaatlich korrekt sind, sollen Asylsuchende eine kostenlose Rechtsvertretung erhalten.
- Renitente Asylsuchende sollen zwingend in Sonderzentren untergebracht werden, wenn sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden. Die Zentren sollen jedoch nicht geschlossen sein, wie es die SVP forderte. Offen ist, wo solche Zentren eingerichtet werden sollen. Der Bund hat schon Mühe, genug Standorte für gewöhnliche Asylzentren zu finden.
- Bauten des Bundes dürfen für begrenzte Zeit ohne kantonale und kommunale Bewilligung und ohne Plangenehmigungsverfahren für die



«Wenn ein Flüchtling in sein Heimatland zurückreist, wird ihm das Asyl aberkannt.»

Simonetta Sommaruga
Justizministerin

Unterbringung von Asylsuchenden benutzt werden.

Als der Umbau des Asylgesetzes gestern Abend um halb acht Uhr endlich unter Dach und Fach war, schritt der Nationalrat sodann noch zur Diskussion des von der SVP geforderten Asylmoratoriums. Nach ihrem Willen hätte der Bundesrat mittels Notrecht die Anwendung des Asylgesetzes für mindestens ein Jahr teilweise ausser Kraft setzen sollen. Für diese drastische Forderung wurde die SVP mit Kritik nur so eingedeckt. Die Zürcher BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti sagte, die Motion zeuge von Kältherzigkeit und einer «menschenverachtenden» Politik.

Mit 103:48 Stimmen bei drei Enthaltungen blieb die SVP-Motion chancenlos.

Insgesamt war die fast elfstündige Monsterdebatte von geringem Erkenntniswert. Doch manchmal war sie auch unterhaltend. Dann etwa, wenn Parlamentarier bewiesen, dass es um ihr Fachwissen nicht allzu gut bestellt ist. Der Zürcher SVP-Nationalrat Gregor Rutz beispielsweise wollte im Gesetz verankern, dass das Asyl erlischt, wenn Flüchtlinge freiwillig in den Staat reisen, in welchem sie Verfolgung geltend gemacht haben. Genüsslich antwortete Sommaruga: «Was Sie verlangen, Herr Rutz, ist geltendes Recht, das können Sie im Gesetz nachlesen. Wenn ein anerkannter Flüchtling in sein Heimatland zurückreist, verliert er den Flüchtlingsstatus.»

«Wo hani die richtigi Sitä?»

Ihren amüsantesten Moment hatte die Diskussion nach 18 Uhr, als SVP-Nationalrat Hans Fehr zum siebten Mal ans Rednerpult schritt. Der Zürcher verhedderte sich in seinen Unterlagen. «Mischt, wo hani jetzt die richtigi Sitä?», schimpfte er unter Gelächter im Saal. Schliesslich zeigte ihm Nationalratsvizepräsidentin Christa Markwalder die Gesetzesstelle. «Wir sind alle müde», zeigte Präsident Stéphane Rossini Verständnis. Vermutlich war er als Sitzungsleiter froh, befand sich überhaupt noch jemand im Saal – schliesslich war die Debatte da noch lange nicht zu Ende.



Chaos: Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr verheddert sich in seinen Unterlagen – kein Wunder, tritt er doch nicht weniger als sieben Mal ans Rednerpult. Bild Keystone/Peter Schneider

Asylrechtsrevisionen am laufenden Band

Das Asylgesetz von 1981 ist bis heute rund zehn Mal geändert worden. Die wichtigsten Meilensteine: 1981 tritt das Asylgesetz in Kraft. 1984 wird das Asylverfahren verkürzt, das Recht auf Arbeit für Asylsuchende eingeschränkt. Mit der Teilrevision von 1986/87 kann die Zahl der aufzunehmenden Asylsuchenden begrenzt werden. Auf Gesuche aus einem als sicher eingestuften Land braucht seit 1990

nicht mehr eingegangen zu werden. **Massnahmen gegen straf-fällige Asylbewerber folgen 1994/95.** Die Totalrevision des Asylgesetzes von 1999 erleichtert die Aufnahme von Kriegsflüchtlings und verschärft die Bestimmungen gegen Asylmissbrauch. **Asylsuchende mit Nichteintretensscheid erhalten ab 2004 keine Sozialhilfe mehr,** sondern nur noch eine Nothilfe. 2006 werden die Be-

stimmungen über nicht kooperationswillige Asylsuchende verschärft. **Seit 2008 sind auch abgewiesene Asylsuchende aus der Sozialhilfe ausgeschlossen.** Vorläufig Aufgenommene erhalten leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt. **Auf Schweizer Botschaften dürfen seit 2013 keine Asylgesuche mehr eingereicht werden,** und Wehrdienstverweigerer werden nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt. (sda)

Bleiben Sie tagsüber auf dem Laufenden

Über die Kanäle der Südostschweiz (Twitter, Facebook und Online) sind Sie stets gut informiert und unterhalten.



Twitter
[@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)
Facebook
[Südostschweiz](https://www.facebook.com/Suedostschweiz)
Online
suedostschweiz.ch